

Christian Lindner • Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf

Landschaftsverband Rheinland
Herrn Direktor Udo Molsberger
Kennedy-Ufer 2

50679 Köln

4/21/06
Eing 14. Mai 2006
- LD -

15. Mai 2006
LR 4

Christian Lindner, MdL

Stellv. Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Sprecher für Generationen, Jugend,
Familie und Integration

FDP-Fraktion
im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 884 4271
Telefax 0211 884 3614

christian.lindner@landtag.nrw.de
www.christianlindner.de

**Beschlüsse der Koalitionsfraktionen zum Landeshaushalt
Ihr Schreiben zum Etatentwurf**

LM für
LJHA

Düsseldorf, 11.05.2006
Eing. 18. Mai 2006
- 41 -

Sehr geehrter Herr Molsberger,

für Ihr Schreiben zum Landeshaushalt, das sich insbesondere auf die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit bezieht, danke ich Ihnen. Ihre Argumente haben Eingang in unser Beratungsverfahren gefunden, dessen Ergebnis ich Ihnen gerne mitteile.

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 27. April 2006 hat die Koalition von FDP und Union eine Umschichtungen im Etatentwurf des Finanzministers in Höhe von 48 Mio. Euro zugunsten von Kindern und Familien beschlossen. Dabei wird die Haushaltskonsolidierung nicht gefährdet, denn alle Mehrausgaben werden seriös gegenfinanziert, um die Nettoneuverschuldung verabredungsgemäß zu begrenzen und in der kommenden Legislaturperiode das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes zu erreichen – ein wichtiger Schritt, um der nachwachsenden Generation wieder Gestaltungsspielräume zu eröffnen.

Obgleich angesichts der von der Vorgängerregierung zu verantwortenden Haushaltsnotlage kaum ein Politikfeld von einem Konsolidierungsbeitrag ausgenommen werden konnte, ist es uns gelungen, die bereits im Entwurf der Landesregierung vorgenommene Schwerpunktsetzung für Kinder und Familien weiter zu stärken. Bei gemeinsamer Betrachtung von Jugendhilfe und Schule stehen für die Bildungschancen der jungen Generationen jetzt gut 250 Mio. Euro mehr als im Vorjahr zur Verfügung.

Im Einzelnen haben sich durch die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen folgende Veränderungen gegenüber dem Entwurf ergeben:

- Die FDP-Landtagsfraktion hat gemeinsam mit der Union vereinbart, insgesamt 40 Mio. Euro für den Bereich der Kindertageseinrichtungen zu mobilisieren: In einem neuen Aktionsplan "Frühe Förderung von Kindern" stehen 23 Mio. Euro für die pädagogische Arbeit der Kindertageseinrichtungen bereit, um die Einsparungen bei den Betriebskosten bedarfsgerecht zu reduzieren und insbesondere um die Anschaffung von Spiel- und Lernmaterialien, die Elternarbeit sowie Fortbildungsmaßnahmen sicherzustellen. Weitere 10 Mio. Euro haben wir zur Deckung von noch ausstehenden Abrechnungen der Träger eingeplant, um das von Rot-Grün überstrapazierte Instrument des Nachtragshaushaltes zu vermeiden und damit in

1) M.M. 2. 19/15
2) Team West -
Kongress für
weitere
LJHA
LJK

der Konsequenz mehr Transparenz über die Finanzen des Landes herzustellen. Um die Kommunen von vermeidbarer Mehrarbeit zu entlasten, wird das Land die Elternbeitragsregelung erst mit Beginn des neuen Kindergartenjahres am 1.8.2006 umstellen. Dazu musste der Ansatz der Betriebskostenförderung der Kindertageseinrichtungen um weitere 7 Mio. Euro angehoben werden.

- Die für die vorschulische Sprachförderung eingeplanten Landesmittel wurden bereits im Entwurf des Kabinetts nahezu verdoppelt. Die Koalitionsfraktionen haben diesen Haushaltstitel um weitere 2 Mio. Euro auf insgesamt 17,65 Mio. Euro erhöht.
- Die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren wird forciert, indem die Familienberatungsstellen als wichtige Partner der Tageseinrichtungen gegenüber dem Haushaltsentwurf zusätzliche 1,6 Mio. Euro erhalten. Dies ist insbesondere auch vor dem Hintergrund gestiegener und stetig steigender Beratungsfallzahlen sowie der sich aus dem im Jahr 2004 eingeleiteten fachlichen Umsteuerungsprozess ergebenden neuen Aufgaben der Familienberatungsstellen fachlich geboten.
- Der Kinder- und Jugendförderplan bleibt das zentrale Förderinstrument der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen. Die Koalition hat sein Gesamtvolumen in Höhe von 75 Mio. Euro jährlich bis zum Jahr 2010 festgeschrieben, um Planungssicherheit für Träger, Verbände und Einrichtungen herzustellen. Es bleibt bei dem bereits im Rahmen der Aufstellung des Kinder- und Jugendförderplans verabredeten Bürokratieabbau. Durch Verwaltungsvereinfachung, insbesondere durch ein unkompliziertes Antragsverfahren, soll mehr Zeit für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen. Innerhalb des Landesjugendplans wurde zur Sicherung der jugendpolitischen Infrastruktur eine Schwerpunktverschiebung von der Projekt- zur Grundförderung beschlossen. Dadurch erhält beispielsweise die Offene Jugendarbeit vor Ort mehr Landesmittel als in den vergangenen Jahren.
Die Koalitionsfraktionen haben sich auf Anregung der FDP überdies darauf verständigt, zusätzlich 4,5 Mio. Euro in die stadtteilbezogene Jugendarbeit zu investieren. Die Mittel werden über ein neues Sonderprogramm "Jugend und soziale Brennpunkte" für Kinder und Jugendliche in problembelasteten Wohnumfeldern bereitgestellt. Insbesondere sollen Projekte zum Abbau von Benachteiligungen, zur Gewaltprävention, zur Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in den Kommunen und zur Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Hauptschulen gefördert werden.

Die Gegenfinanzierung der Mehrausgaben für Kinder und Familien wird hauptsächlich aus anderen Ressorts erbracht. Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration leistet allerdings auch eigene Beiträge:

- So werden die Mittel für die Eine-Welt-Politik um 0,9 Mio. Euro zurückgefahren. Dies ist insbesondere vertretbar, weil dieses Politikfeld keine originäre Landesaufgabe darstellt, und die in Rede stehenden Programme nicht positiv evaluiert wurden.
- Seit Jahren zurückgehende Zahlen von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen rechtfertigen eine entsprechende Anpassung der Landesmaßnahmen für Zuwanderer in Höhe von 1,38 Mio. Euro.
- Im Rahmen der Neuausrichtung der Integrationspolitik zu einer echten Querschnittsaufgabe wollen wir die bereits begonnene Öffnung der allgemeinen Beratungsstellen für die spezifischen Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten unterstützen und die

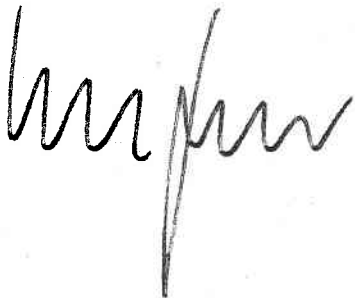
ausschließlich Zugewanderte adressierende Beratungsinfrastruktur auf ihren Kernbereich reduzieren. Im Zuge dessen war eine moderate Reduzierung der Förderung der Migrationssozialarbeit um 2 Mio. Euro möglich. Diese Mittel werden für die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen eingesetzt.

- Mit den Regionalstellen "Frau und Beruf" sind durch die Vorgängerregierung größtenteils Doppelstrukturen zu den Angeboten der Arbeitsagenturen, Wirtschaftsverbände bzw. -kammern und denen anderer Anbieter für Fragen der beruflichen Qualifizierung und Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben entstanden. Eine um 1,26 Mio. Euro reduzierte Förderung, die zudem Basis für eine mögliche Umorientierung in der fachlichen Arbeit bietet, ist vor diesem Hintergrund zu vertreten.

Die Freien Demokraten sind sich sicher, dass die Koalition mit diesen Beschlüssen einerseits der finanzpolitischen Zukunftsverantwortung gerecht geworden ist, andererseits aber auch einen klaren Schwerpunkt bei der Verbesserung der Bildungschancen der nachwachsenden Generation und dem Abbau von Benachteiligungen in der Gesellschaft gesetzt hat.

Auf den weiteren Dialog mit Ihnen freuen wir uns und ich

grüße Sie freundlich

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'W. Müller', written in a cursive style.